

Zeitschrift: Schatzkästlein : Pestalozzi-Kalender

Herausgeber: Pro Juventute

Band: - (1983)

Artikel: Wer mit wem? : Politische und wirtschaftliche Zusammenschlüsse

Autor: Ziegler, Peter

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-987443>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wer mit wem?

Politische und wirtschaftliche Zusammenschlüsse



Vereinte Nationen

United Nations Organization
(UNO)

Überstaatliche Weltorganisation,
Nachfolgeorganisation des Völkerbundes

Gründung:

1945 in San Francisco

Sitz:

New York, europäische Vertretung in Genf

Zweck:

Die UNO will den Weltfrieden sichern, den Krieg ächten, die Abrüstung vorantreiben, die weltweite Zusammenarbeit fördern, den Lebensstandard heben, Menschenrechte, Gerechtigkeit und Freiheit wahren.

Mitglieder:

Von den etwa 160 selbständigen Staaten der Erde gehörten im Jahre 1978 deren 151 der UNO an. Die Schweiz ist (noch) nicht Mitglied.

Organe:

- Vollversammlung aller Mitglieder gibt Empfehlungen an den Sicherheitsrat oder an Regierungen
- Sicherheitsrat ergreift bei Gefährdung des Weltfriedens politische, wirtschaftliche oder militärische Massnahmen. Seit 1965 zählt der Sicherheitsrat 15 Mitglieder: 5 ständige (USA, Grossbritannien, Frankreich, Sowjetunion, Volksrepublik China) und 10 jeweils auf zwei Jahre gewählte nichtständige. Die ständigen Mitglieder können mit ihrem Veto (Recht zum Einspruch) Beschlüsse des Gesamtrates aufheben
- Internationaler Gerichtshof (Sitz in Den Haag) mit 15 Mitgliedern aus verschiedenen Ländern
- Sekretariat mit Generalsekretär an der Spitze.

Einige UNO-Sonderorganisationen

Kinderhilfswerk

UN-International Children's
Emergency Fund (UNICEF) in
New York.

Konferenz für Handel und Entwicklung, Welthandelsrat

UN-Conference of Trade and De-
velopment (UNCTAD)
1964 gegründet, Sitz in Genf.

UNO-Friedenstruppen

(«Blauhelme»), vor allem zur Si-
cherung von Waffenstillständen.

Ernährungs- und Landwirt- schaftsorganisation

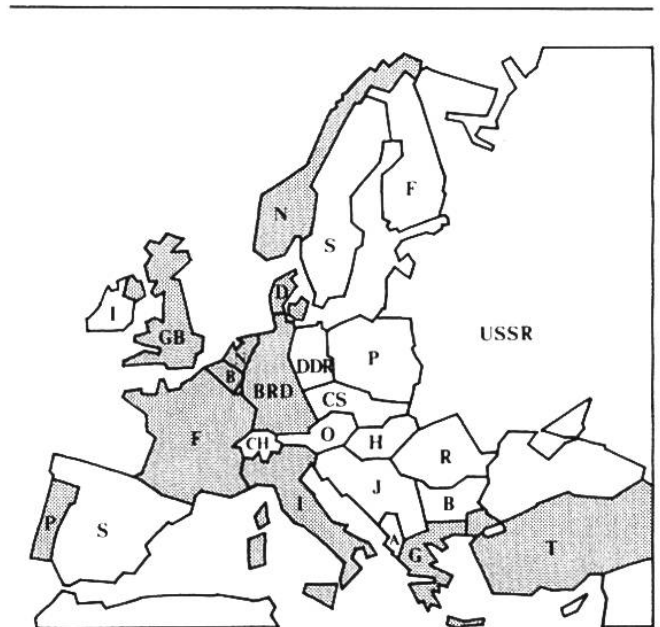
Food and Agriculture Organiza-
tion (FAO)
1945 gegründet, Sitz in Rom.

Erziehungs-, Wissenschafts- und Kulturorganisation

United Nations Educational
Scientific and Cultural Organiza-
tion (UNESCO)
1946 gegründet, Sitz in Paris.
Ziel: Weltweite Förderung von Er-
ziehung, Bildung und Kultur,
Kampf gegen das Analphabe-
tentum.

Weltgesundheitsorganisation

World Health Organization
(WHO)
1948 gegründet, Sitz in Genf.



Nordatlantik-Pakt

North Atlantic Treaty Organiza-
tion (NATO)

Westliches Militär- und Sicher-
heitsbündnis

Gründung:

1949 in Washington

Sitz:

Paris, seit 1967 Brüssel

Zweck:

Gemeinsame Verteidigung gegen
einen bewaffneten Angriff auf
einen oder mehrere Partner in
Europa, in Nordamerika, im Mit-
telmeer oder im Atlantik nördlich
des Nördlichen Wendekreises.

Mitglieder:

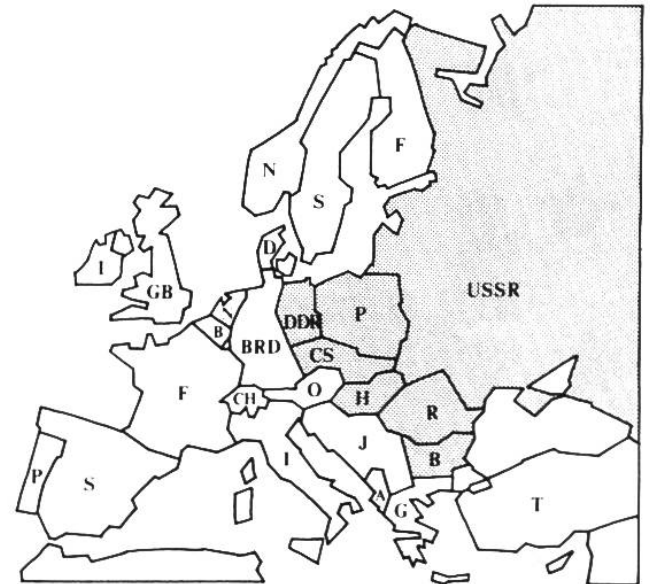
12 Gründungsmitglieder: Belgien,
Dänemark, Frankreich, Grossbri-
tannien, Island, Italien, Kanada,

Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal, USA. Später: Griechenland (1952), Türkei (1952), Bundesrepublik Deutschland (1955), Spanien (1982).

Organe:

- NATO-Rat aus den 15 Verteidigungsministern der Mitgliedstaaten, trifft wichtige Entscheide einstimmig
- Ständiger NATO-Rat, besorgt zusammen mit dem Generalsekretär die laufenden Geschäfte
- Militärausschuss aus den 13 Generalstabschefs der Mitgliedländer

Das Hauptquartier der Alliierten Gesamtstreitkräfte für Europa befindet sich in Casteau-Maisières in Belgien.



Mitglieder:

Ursprünglich Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn. 1956 wurde die Deutsche Demokratische Republik (DDR) Vollmitglied, 1968 trat Albanien aus.

Organe:

- Beratender Politischer Ausschuss
- Ständige Kommission für ausenpolitische Fragen
- Vereinigtes Oberkommando unter sowjetrussischem Befehlshaber.

Warschauer-Pakt

Warschauer-Pakt (WAPA)
Militärbündnis kommunistischer Ostblockstaaten

Gründung:

1955 in Warschau

Zweck:

Bei bewaffnetem Angriff auf einen oder mehrere Partner leisten alle Mitglieder sofortigen Beistand.

Europäische Gemeinschaft

Europäische Gemeinschaft (EG)
Wirtschaftsbündnis, Zollunion

Gründung:

1968, durch Zusammenschluss der 1952 gegründeten Europäi-



- liert die Europäische Kommission und berät den Ministerrat
- Europäische Kommission, bereitet die Beschlüsse der EG vor. Seit 1981 aus zehn Mitgliedern bestehend, die von den nationalen Regierungen ernannt werden
- Ministerrat: Fasst Entscheide, die alle Mitgliedstaaten binden
- Europäischer Gerichtshof.

schen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion), der 1958 gegründeten Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) und der 1958 gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).

Sitz:

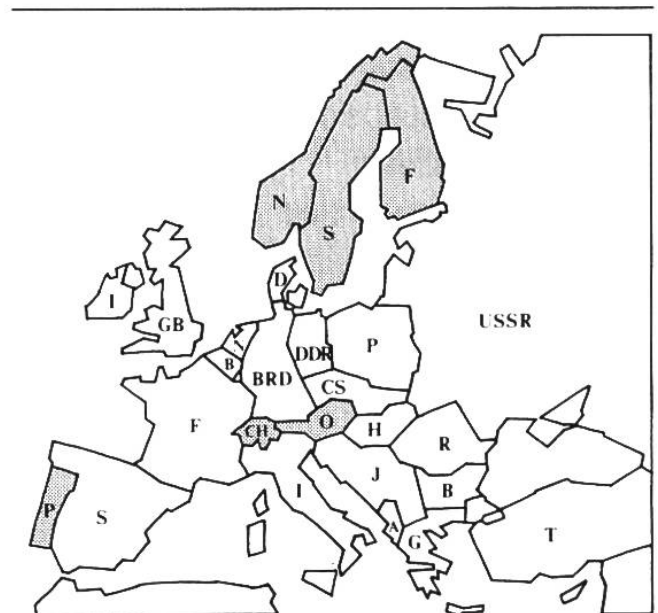
Strassburg (Europaparlament), Brüssel (Ministerrat, Europäische Kommission), Luxemburg (Generalsekretariat, Europäischer Gerichtshof).

Mitglieder:

Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Dänemark, Grossbritannien, Italien, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Griechenland (1981). Der Beitritt Spaniens und Portugals steht bevor.

Organe:

- Europäisches Parlament, seit 1979 direkt gewählt. Kontrol-



Europäische Freihandelszone

European Free Trade Association (EFTA)
 Freihandels- und Wirtschaftsabkommen

Gründung:

1959 in Stockholm

Sitz:

Genf

Zweck:

Förderung des gemeinsamen Handels durch schrittweisen Abbau der Schutzzölle für Industriewaren. Gegenstück zur 1968 gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), seit 1968 Europäische Gemeinschaft (EG). Die Mitglieder der EFTA haben eigene Zolltarife gegenüber Drittländern und können selbständig Handelsverträge abschliessen.



Mitglieder:

7 Gründerstaaten: Dänemark, Grossbritannien, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz; Island (1970). Liechtenstein «zugewandt», Finnland seit 1961 «verbunden». Dänemark und Grossbritannien traten 1973 zur EWG über.

Organe:

- Sekretariat mit Generalsekretär
- Rat: wichtige Beschlüsse müssen einstimmig gefasst werden werden
- Konsultativkomitee: Beratendes Komitee aus Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände
- Parlamentarierkonferenz: Parlamentarier der Mitgliedstaaten treffen sich gelegentlich zu beratenden Besprechungen.

Gründung:

1949 in London

Sitz:

Strassburg

Symbol:

Europaflagge: 12 goldene Sterne auf blauem Grund

Zweck:

Enge Verbindung europäischer Staaten, um europäische Ideale und Grundsätze hochzuhalten, die ihr gemeinsames geschichtliches Erbe bilden.

Mitglieder:

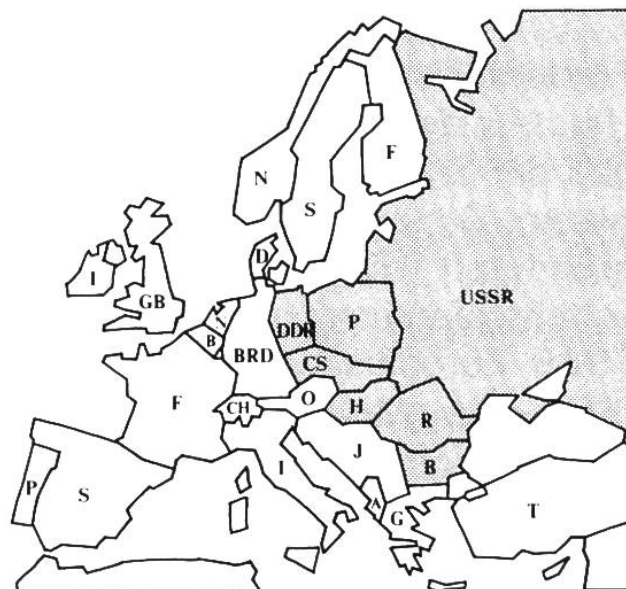
10 Gründerstaaten: Belgien, Dänemark, Frankreich, Grossbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Schweden.

11 spätere Mitglieder: Griechenland (1949), Türkei (1949), Is-

land (1950), Bundesrepublik Deutschland (1951), Österreich (1956), Zypern (1961), Schweiz (1963), Malta (1965), Portugal (1976), Spanien (1978), Liechtenstein (1978).

Organisation:

- Beratende Versammlung mit Vertretern der 21 nationalen Parlamente arbeitet Empfehlungen (Konventionen) aus
- Ministerausschuss aus den 21 Aussenministern als Vollzugsorgan
- Generalsekretariat
- Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte zur Beurteilung von Verstößen gegen die Europäische Menschenrechtskonvention von 1950.



Zweck:

Technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit durch Koordination der Wirtschaftspläne, Arbeitsteilung, Erfahrungsaustausch, Ausbau des Transportsystems.

Mitglieder:

Sowjetunion, Bulgarien, Deutsche Demokratische Republik, Mongolische Volksrepublik, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, Ungarn, Kuba (1972), Vietnam (1978).

Organe:

- Rat aus gleichberechtigten Vertretern aller Vertragspartner
- Ständiges Vollzugskomitee
- Ständiges Sekretariat
- Bank sozialistischer Länder
- Internationale Investitionsbank, seit 1971, gewährt lang- und mittelfristige Kredite.

Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe

Council of Mutual Economic Aid (COMECON)

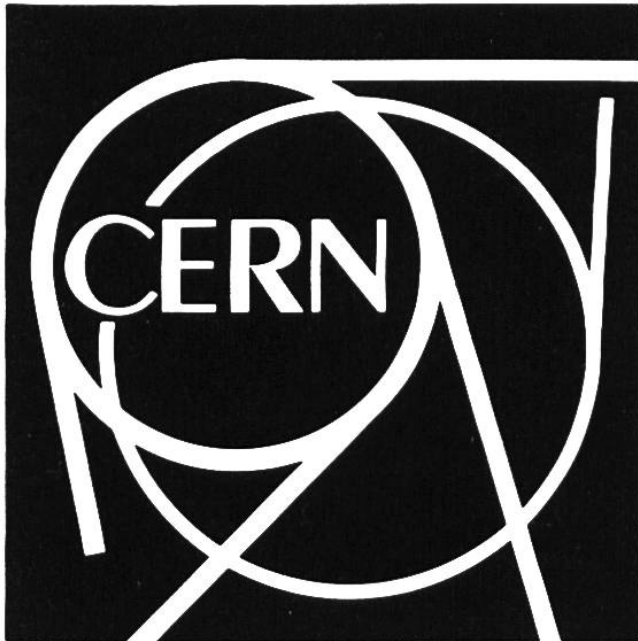
Wirtschaftsbündnis der kommunistischen Ostblockstaaten

Gründung:

1949

Sitz:

Moskau



Europäische Organisation für Kernforschung

Conseil Européen pour la Recherche Nucléaire (CERN)

Gründung:

1953 durch die Generalversammlung der UNESCO

Sitz:

Genf-Meyrin

Zweck:

Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen, nichtmilitärischen Kernforschung.

Mitglieder:

Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Frankreich, Grossbritannien, Griechenland, Italien, Norwegen, Niederlande, Schweden, Spanien (Austritt 1968), Schweiz, Österreich (seit 1959).

Organe:

- Rat und zahlreiche Kommissionen
- Generaldirektor

Tätigkeit:

Wissenschaftliche Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Kern-, Hochenergie- und Elementarteilchenphysik. Rund 3500 Angestellte, 1000 wissenschaftliche Mitarbeiter.

Einige weitere Zusammen- schlüsse

ASEAN

Association of South-East Asian Nations

Vereinigung Südostasiatischer Nationen

1967 gegründet, als lockere Vereinigung zur Zusammenarbeit in Wirtschaft, Verkehr und Kultur im südostasiatischen Raum.

GATT

General Agreement on Tariffs and Trade

Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen, Sonderorganisation der Vereinten Nationen. 1948 gegründet, Sitz in Genf. Förderung des Welthandels, Beseitigung zwischenstaatlicher Handelschranken.

OAS

Organisation der amerikanischen Staaten

1947/48 gegründet, Sitz in Washington. Enge politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten.

OAU

Organization for African Unity
Organisation für Afrikanische Einheit

1963 gegründet, Sitz in Addis Abeba. Lockeres Bündnis der unabhängigen Staaten von Schwarzafrika.

OECD

Organization for Economic Co-operation and Development

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. 1960 gegründet, Sitz in Paris. Zweck: Vertiefung und Koordination wirtschaftlicher Zusammenarbeit untereinander und mit den unterentwickelten Staaten der Dritten Welt.

OPEC

Organization of Petroleum Exporting Countries

Organisation der Erdöl exportierenden Länder

1960 gegründet in Bagdad, Hauptsitz in Kuwait, Tagungen seit 1975 in Wien. Zweck: Ursprünglich Selbstschutzorganisation der nichtkommunistischen Erdölländer gegenüber den internationalen Erdölgesellschaften. Seit den siebziger Jahren hat die OPEC eine Monopolstellung auf dem Erdölmarkt und diktiert die Preise.

SALT

Strategic Arms Limitation Talks
Gespräche zur Einschränkung strategischer Waffen. Um Atomwaffen und interkontinentale Raketen zu begrenzen, führen die UdSSR und die USA SALT-Konferenzen durch. *Peter Ziegler*

Literaturnachweis:

– Alfred Huber, *Staatskundelexikon*, SAGE AG, Zürich 1979.

– *Vertrags-Ploetz, Konferenzen und Verträge*, Bd. 4A, 4B, 5; Verlag Ploetz, Würzburg.